



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Januar / Februar 2014 • # 1016 / 1017

Geheime Atommülltransporte

Immer und Überall

Politik

Energiewende adé

Endlagerkommission

Dabei sein oder nicht?



**ATOMMÜLL-TRANSPORTE
STOPPEN!!!**

Gezwungen zum Widerstand

Es ist ein Unterschied, ob man dazu gezwungen ist, Widerstand zu leisten, oder ob man sich freiwillig dazu entschließt, weil es eine schöne Abwechslung zum Alltag ist. So mit Ankettung und Zeltlager.

Nicht nur politische Verhältnisse können dazu zwingen, Widerstand zu leisten. Auch die drohende Anwesenheit todbringender Stoffe ist imstande, jene, die ihre Heimat lieben, zum Widerstand zu zwingen.

Soll man es doch dort hinbringen, wo die Einwohner ihre Heimat weniger lieben, und nicht zum Widerstand gezwungen sind wie wir in der Freien Republik Wendland!

Mann, o Frau, wie viele wunderbare Stunden hatte ich hier schon. Mit diesem ganz bestimmten Menschenschlag, der sich partout nicht bestimmen lassen will, dass andere ihren Dreck hier abladen.

So absurd ist die Welt. Da wollen Leute mit dem Erdengeschenk Uran Unsummen verdienen und suchen einen Müllablageplatz. Und als sie glaubten, ihn gefunden zu haben, siedelte gerade dort der Gedanke an ein älteres als das Entsorgungs-Recht. Menschen kamen aus den Städten und infizierten die Landeier mit dem Wendlandvirus, (ein Fossil unter den Widerstandsviren). Neue Leben entstanden. Woran ich genussvoll Anteil nehmen durfte. Ich, dessen Vater bei der Wismut Uran förderte und vor der Strahlenkrankheit in einem Fall aus dem zehnten Stockwerk geflohen ist.

Behaltet den Gedanken: Wenn es Not tut, gehen wir los, um wieder tapfer zu widerstehen!

Stephan Krawczyk
Liedermacher und DDR-Dissident

GRUSSWORT





Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem schwarz-roten Rententrick des Koalitionsvertrages enttarnen sich nun auch die anderen Vorhaben und Verabredungen der großen Koalition in Berlin als Heuchelei und Zukunftsbremse. Besonders betroffen: die Energiewende, die ihren Namen unter dieser Regierung zu Unrecht trägt. Dabei ist das Strickmuster des Vertrages schlicht, aber ergreifend: Einer vollmundigen Einleitung im sozialdemokratischen Jargon folgt ein inhaltlicher Teil, den die Lobbyisten der großen Energiekonzerne und Atomstromer auch Schwarz-Gelb nicht hätten besser soufflieren können. Joachim Wille schaut ab Seite 12 genau hin und entlarvt, wie sich Kohle und Konzerne durchgesetzt haben. Schon am Tag nach dem Vertrag hatten 16 000 Menschen das üble Spiel durchschaut und demonstrierten im Regie-

rungsviertel in Berlin. Dies dürfte allerdings erst der Auftakt einer ganzen Reihe von Demonstrationen gegen die neue alte Energiepolitik gewesen sein, denn ganz besonders die Atomlobby hat erfolgreich ihre Scheinchen ins Trockene gebracht. Hermesbürgschaften für Atomkraftwerke im Ausland, Euratom-Vertrag, Steuerbefreiung ab 2016 für Atomkraftwerke mit Bestandsgarantie und immer noch keine Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds für die Endlagersuche: Die Atomkonzerne sind unter Schwarz-Rot wieder im Aufwind. Dass dabei klammheimlich auch die Klage des Bundes gegen die niedersächsische Aufhebung des obsoleten Rahmenbetriebsplanes Gorleben aufrechterhalten wird, lässt wahrlich tief blicken.

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, wenn sich auch die Diskussion über Sinnhaftigkeit, Risiken und Chancen zur

Teilnahme oder Mitarbeit an einer anderen Alibiveranstaltung im Wendland hinziehen. Albrecht von Sydow und Martin Nesemann wägen das Pro und Contra der Kommission „Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ ab. Dabei läge nahe, dass einige Organisationen ihre Rolle dauerhaft außerhalb staatlicher Vereinahmung sehen werden, während andere bereit sein könnten, den kläglichen Gestaltungsspielraum zu nutzen. Wirtschaft und Gewerkschaften haben ihre Sitze jedenfalls schon vorsorglich atomfreundlich besetzt... Im Schlagschatten dieser ausgebremsten Energiewende fahren auch ohne Castoren stetig weiter Atommülltransporte durch die Republik, Jan Becker hatsich auf Spurensuche gemacht. Angesichts der enormen Aufgaben wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern ein gutes, erfolgreiches und vor allem ein widerständiges neues Jahr!

Martin Donat, Vorsitzender der BI

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Anschrift: Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Verantwortliche Redakteure:
Andreas Conradt, Torsten Koopmann
(Anschrift wie oben)

Redaktion: Jan Becker, Andreas Conradt,
Wolfgang Ehmke, Marianne Fritzen, Torben Klages, Anja Meyer

Gestaltung: Andrea Hagen
Korrektorat: Franziska Behn

Druck: Buchdruckerei Otto Dennstedt,
Lange Straße 29, 29451 Dannenberg
Auflage: 4400, gedruckt auf Recyclingpapier
Cyclus Print

Die Gorleben Rundschau ist eines der wichtigsten Werkzeuge zur Verbreitung unserer Nachrichten. Aber ihre Erstellung kostet auch viel Geld. Bitte spendet:
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL

Wenn die Zusendung der Gorleben Rundschau künftig nicht mehr erwünscht ist, bitten wir Euch um Nachricht:
Tel.: 05841 - 4684 oder
service@gorleben-rundschau.de

Allerlei weiterführende Links zu Artikeln in der Gorleben Rundschau gibt es auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de/links

weitere Infos im Internet
gorleben-rundschau.de/links

BI.Luechow.Dannenberg.e.V

@gorleben

Bi LuechowDannenberg

Website-News per RSS

Leserbriefe veröffentlichen wir auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de. Dort könnt Ihr auch Lob, Kritik und Anregungen posten.

„ATOMARE DREHSCHWEIBEN STOPPEN!“

von Jan Becker

Atomtransporte sind überall und finden andauernd statt. Ob Hamburg, Lingen, Gronau oder Gorleben. Sie rollen im ganzen Bundesgebiet teilweise ohne Sinn von einem Ort zum anderen – wo dann der Atom Müll wiederum auch nicht bleiben darf. Es offenbart sich auch hier die Entsorgungsmisere.

Als eine Drehscheibe für den Umschlag atomarer Güter hat sich der Hamburger Hafen entpuppt. 59 Kernbrennstofftransporte sind von Anfang Mai bis Anfang Oktober letzten Jahres durch Hamburg und den Hafen gegangen, dazu – über das ganze Jahr verteilt – weitere rund 60 Transporte mit sogenannten „sonstigen radioaktiven Stoffen“, berichtet die Fraktion der LINKEN in der Hamburger Bürgerschaft. Oftmals sind die beiden Uranfabriken in Gronau (URENCO, Urananreicherung) und Lingen (AREVA, Brennelementherstellung) Empfänger oder Absender.

Der SPIEGEL veröffentlichte im Mai 2013 eine Karte mit den „verborgenen Wegen der Atomtransporte“ und stellte fest: Vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) wurden zwischen 1990 und 2012 mehr als 16 000 Atomtransporte genehmigt, die mit unterschiedlichen Zielen durch Deutschland rollten. Etwa 6 000 Mal hätte diese strahlende Fracht aus Brennelementen bestanden, ebenso häufig wurden Stoffe befördert, die zu ihrer Herstellung benötigt werden.

Eine große Anzahl taucht in den im Internet einsehbaren Listen des BfS aber gar nicht auf, weil sie nicht genehmigungspflichtig ist. Im letzten August und September wurde das Atom Mülllager in Gorleben zum Beispiel wöchentlich zweimal mit Müll aus dem AKW Grohnde angefahren, ergab die Recherche der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Im Zeitraum vom 16. September bis zum 4. November gab es keine weiteren Einlagerungen. Was danach passierte, ist bislang unbekannt.

Atomkraftgegner üben heftige Kritik an dieser hohen Anzahl an Transporten und den Umgang der Behörden mit dem Gefahrgut. Informationen über die Transporte lassen sich meistens erst im Nachgang durch Anfragen in Landesparlamenten herausfinden. Betreiber und Behörden haben grund-

sätzlich kein Interesse an einem transparenten Umgang, denn sie befürchten Proteste.

Und die ließen sich leicht rechtfertigen: Die Urananreicherungsanlage in Gronau versorgt zurzeit und ohne zeitliche Befristung rechnerisch jedes zehnte AKW weltweit

mit Brennstoff, obwohl Deutschland bis 2022 aus der Atomenergie aussteigen will. Ein schwerer Unfall mit einem Transporter kann katastrophale Folgen für die Umgebung haben. Zwar birgt ein Atom Mülltransport mit schwach- und mittelaktiven Stoffen nicht das Gefahrenpotenzial wie ein CASTOR, die Sicherheitsauflagen sind aber auch entsprechend geringer. In der Regel werden die meist per LKW durchgeführten Transporte nicht einmal von der Polizei begleitet. Und dass selbst geringe radioaktive Strahlung unnatürlicher Herkunft dem Menschen gesundheitlichen Schaden zufügen kann, ist wissenschaftlich unstrittig.

In Gorleben bahnt sich neben dem Endlagerstreit ein weiterer Konflikt an: Große Mengen Atom Müll sollen dort „konditioniert“ und in „konradgängige“ Behälter – also nach heutigen Planungen genehmigungsfähig für ein Versenken in die Ewigkeit von Schacht Konrad – verpackt werden. Dafür wurde der Bauantrag für eine neue Anlage gestellt. In dieser Anlage will die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) den schon vorhandenen Müll aus dem Fasslager Gorleben verarbeiten, gleichzeitig aber auch mit weiterem aus Anlagen im ganzen Bundesgebiet auslasten. Damit rollt in der Zukunft eine ganze Armada von Atom Müll-LKWs auf Gorleben zu.

Irgendwann – nach Planungen der Bundesregierung nicht vor 2021 – sollen dann alle Gebinde zum Atom Müllendlager Schacht Konrad bei Salzgitter transportiert werden. Atomkraftgegner warnen allerdings vor einem Versenken in dem unsicheren, alten Eisenerzbergwerk, das nach Gorleben-Mannier durchgesetzt und genehmigt wurde.

Wegen der Risiken durch den Transport, der Tatsache, dass die vielen unterschiedlichen Fahrten den reibungslosen Weiterbetrieb der Atomanlagen überhaupt erst ermöglichen und dem Irrsinn der perspektivlosen Verschiebung von einem Ort zum nächsten rufen Atomkraftgegner/-innen dazu auf, die „Atomaren Drehscheiben“ zu stoppen. Mit bundesweiten Kampagnen gehen Aktivisten gegen die Atomtransporte vor. Es sei jetzt nötig, Betreiber und Bund zu einer tatsächlichen Atomausstieg und einer umfassenden Debatte über den Verbleib des Atom Mülls zu zwingen.



ATOMMÜLL-TRANSPORTE STOPPEN !!





Transporte immer und überall Pressemitteilungen zusammengefasst

Im Mai dieses Jahres deckte der „Spiegel“ auf, dass – vom Bundesamt für Strahlenschutz genehmigt – zwischen 1990 und 2012 mehr als 16 000 Atomfahrten in Deutschland unterwegs waren. „Es finden sehr viel mehr Transporte radioaktiven Materials statt, als wir ahnen“, sagt auch der Physiker Wolfgang Neumann. Die besondere Brisanz dabei: Bei schweren Unfällen, die mit Freisetzung von Uranhexafluorid oder Plutonium verbunden sind, gibt es keine effektiven Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Die Katastrophenschutzplanung kann bei schweren Unfällen im Zusammenhang mit Transporten dieser Substanzen nur sehr begrenzt greifen.

Uranhexafluorid zum Beispiel ist eine leicht flüchtige, äußerst giftige, radioaktive und korrosive Verbindung. Aus dem Stoff kann eine der gefährlichsten Säuren entstehen, warnt der Atomphysiker Dr. Sebastian Pflugbeil gegenüber dem NDR-Wirtschaftsmagazin „Plusminus“, die sogar Glas zersetzen kann.

Trotzdem floriert der Handel mit Rohstoffen für die Atomindustrie: Die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau und die Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen erhielten kürzlich unbefristete Betriebsgenehmigungen. Auch das deckte die Recherche von „Plusminus“ auf. 365 Mal im Jahr erreicht zurzeit das gefährliche Uranhexafluorid per LKW die Anlage in Gronau. Es kommt über den Hamburger Hafen aus Minen in Kasachstan, Kanada, Australien und dem Niger. In Gronau wird das spaltbare Material in seiner Konzentration erhöht und an 50 Kunden in 17 Länder geliefert – wieder per LKW und Schiff. So wird das gefährliche Uranhexafluorid re-

gelmäßig durch die Bundesrepublik transportiert. Durchschnittlich ein bis zwei Zugtransporte gibt es pro Monat, so das Unternehmen Urenco. Eine Liste, die „Plusminus“ vorliegt, zeigt, dass allein im März 2013 neun Mal radioaktives Material durch den Hamburger Hafen transportiert wurde. Uranhexafluorid aus Gronau wird aber auch in das knapp 60 Kilometer entfernte Lingen transportiert: in Deutschlands Brennelementefabrik. Hier wird das angereicherte Uran in Tabletten gepresst und in Röhren gefüllt, die zusammen ein Brennelement ergeben. 70 Mal im Jahr verlassen Transporte mit Brennelementen die Fabrik. Geliefert werden sie nach Frankreich, Schweden, Finnland, Belgien, Niederlande, Schweiz, Spanien und nach China. Auch die Produktion von Brennelementen ist unbefristet genehmigt, und auch sie rollen und schwimmen quer durch Deutschland.

Wie viel Uran in Deutschland insgesamt angereichert und verarbeitet wird, ist auch dem Bundesamt für Strahlenschutz nicht

weitere Infos im Internet
gorleben-rundschau.de/links

bekannt, heißt es auf Anfrage des NDR. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland warnt aber, dass jede Woche Schiffe mit gefährlicher, radioaktiver Fracht den Hamburger Hafen anlaufen – ohne dass die Bevölkerung darüber informiert wird. Am 1. Mai dieses Jahres war Hamburg knapp an einer Katastrophe vorbeigeschrammt, als auf dem Atomfrachter „Atlantic Cartier“ ein Feuer ausbrach, während sich wenige Hundert Meter entfernt Zehntausende BesucherInnen des Kirchentags aufhielten.

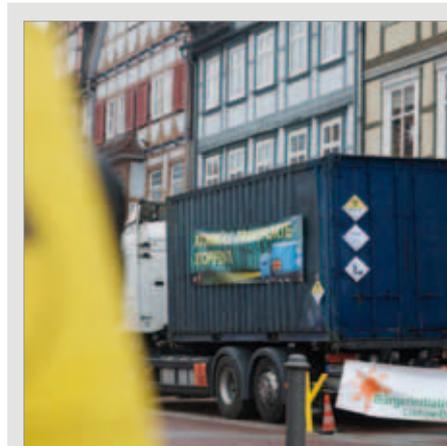
„Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz und Innensenator Michael Neumann haben gezeigt, was sie machen, wenn es auf einem

Atomfrachter brennt: Sie sind bemüht, die BürgerInnen in Unkenntnis zu lassen und vermeiden es bis heute, Konsequenzen aus der Beinahe-Katastrophe zu ziehen“, sagt Umwelt-Aktivistin Cécile Lecomte. „Atomtransporte müssen aus dem Hamburger Hafen verbannt werden.“ Zuletzt wurde im Oktober ein Unfall auf der Ostsee bekannt: Bei der Kollision des für Atomtransporte bekannten Frachters „Mikhail Lomonosov“ mit Kurs Hamburg mit einer Segelyacht war Urandioxid und Uranhexafluorid an Bord gewesen.

Ein Blick ins Bundesland Bremen zeigt, wie ein erster Schritt aussehen könnte: Dort sind die Häfen per Gesetz für den Um Schlag von Kernbrennstoffen gesperrt. Der Hamburger Senat aber will weiterhin den Hafen als Tor zur Welt für die Atomlobby sperrangelweit offen halten.

So fahren tagtäglich Atomtransporte durch Deutschland, über Wasser und über Land, mal Rohmaterial, mal fertige Brennelemente, dann wieder Atommüll.

Ohne diese risikoreichen Atomtransporte wäre der Weiterbetrieb der Atomanlagen nicht möglich. „Daher“, so ein Sprecher des Anti-Atom Bündnisses Nordost, „sind Atomtransporte zu Recht genau der richtige Anlass, um auf die scheinheilige Politik der Bundesregierungen aufmerksam zu machen und zur öffentlichen Diskussion beizutragen.“



Wie die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) bestätigt, rollen momentan wöchentlich auch Atomtransporte ins Wendland. Ziel ist das Zwischenlager Gorleben, das abseits von Castortransporten auch schwach- und mittelradioaktiven Müll aufnimmt. Diese Atommüllfässer sollen in Gorleben in konradgängige Gebinde umgepackt und in ferner Zukunft einmal im Schacht Konrad bei Salzgitter versenkt werden. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg hat dagegen kürzlich eine Informations- und Aktionskampagne gestartet.

Soziales Netzwerk BI

So sehr die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) auch eine regionale Standortinitiative ist, so bemüht ist sie doch auch, Kontakte zu internationalen Aktivistengruppen, Journalist/-innen und Wissenschaftler/-innen aufzubauen und zu pflegen. Dabei wird die BI häufig von ausländischen Gruppen angesprochen und gebeten, in Vorträgen und bei Ortsbesichtigungen über die Gorleben-Thematik und die Rolle im deutschen Anti-Atom-Widerstand zu referieren. Andererseits ist es der BI auch selbst ein Anliegen, beispielsweise japanische Gruppen auf ihrem Weg hin zu einem Atomausstieg zu unterstützen. Auch gegen den Bau neuer AKWs in Finnland

weitere Infos im Internet
gorleben-rundschau.de/links

und Indien und gegen menschenunwürdige Verhältnisse beim Uranabbau in Afrika kann internationale Zusammenarbeit helfen. An dieser Stelle wollen wir künftig eingehender über die Kooperation der BI mit Gruppen in anderen Ländern berichten. Wer die Abschaltung aller Atomanlagen weltweit fordert, kommt um eine solche Vernetzung nicht herum! *GR-Redaktion*

TOR DES MONATS

Aus dem BI-Büro

Deutschland hat gewählt! Womit kein Mensch im Vorfeld gerechnet hat, ist eingetreten: Die BI Lüchow-Dannenberg legt um 23.30 Uhr ihren ausgearbeiteten Vorstandskoalitionsvertrag vor und übernimmt im Handstreich die Widerstandspolitik in Südost-Niedersachsen! Daran konnte auch der verzweifelte Versuch der Partei Bibeltreuer Christen nichts mehr ändern, die im letzten Moment die Psalmbardin Sonni Tonne ins Rennen warfen.

VOR 40 JAHREN

Vier Jahrzehnte Widerstand

Am 2. Januar konnte die BI auf ihr 40-jähriges Bestehen zurückblicken. Als im Dezember 1973 die Planung eines Atomkraftwerkes in Langendorf bekannt wurde, schlossen sich Bürger zusammen, die sich den Schutz der Umwelt vor chemischer und radioaktiver Verseuchung zum Ziel gesetzt hatten. „Die Bürgerinitiative Umweltschutz ist keineswegs fortschrittsfeindlich, sieht aber den Fortschritt heutzutage vor allem im Schutze des Lebens und seiner Bedingungen.“ Diese Zielsetzung hat die BI bis heute verfolgt.

Durch die Benennung von Gorleben als Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ im Februar 1977 verlagerte sich



Bürgerinitiative zum Anfassen

Es ist die Schaltzentrale der Bürgerinitiative und die Materialisierung des wendländischen Widerstands: Das BI-Büro in der Lüchower Rosenstraße. In einem etwas windschiefen und schmalen Stadthaus mit immerhin drei Etagen sind mehrere Büroräume, das Materiallager und der große Sitzungsraum untergebracht. Auch eine Präsentation von Widerstandsartikeln gibt es – sie können hier gegen Spende erworben werden. Besucher/-innen sind immer herzlich willkommen, dafür gibt es eine gemütliche Sitzecke, die zum Klönschnack einlädt. „Im BI-Büro läuft alles zusammen“, sagt Torben Klages, der seit gut einem Jahr hier arbeitet. Hier bespricht sich der Vorstand, treffen sich die Arbeitsgruppen, wird die Organisation von Demos und Infoveranstaltungen gemacht. Und ständig stehen Leute an Torbens Schreibtisch, die etwas wissen möchten, bringen, abholen oder Infos mitteilen. „Ohne diesen fixen Punkt wäre die Arbeit bei all den Menschen, die fest und lose im Widerstand mitmachen, nicht zu koordinieren.“ *Andreas Conradt*

WIDERSTANDS-INFRASTRUKTUR



die Arbeit der BI auf das Problemgebiet der Wiederaufarbeitung und der Zwischen- und Endlagerung. Viele Bürger äußerten damals den Wunsch mitzuarbeiten. Die ursprünglich Aktiven entschlossen sich daher, einen Verein zu gründen, der am 2. März 1977 in das Vereinsregister eingetragen wurde. Telefonnummer und Bankkonto sind seitdem unverändert.

Vielfältig sind die Aktivitäten der Mitglieder und Freunde der BI: Aufforstungsaktionen, Teilnahme an Ausstellungen, Zusammenarbeit mit Künstlern, die Arche Wendland, Veranstaltungen mit Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten und Mitarbeit an der „Modellregion Wendland“. 40 Jahre geprägt von Höhen



und Tiefen, von Erfolgen und von Enttäuschungen, aber immer wieder genährt von neuem Mut und neuen Hoffnungen. Mit weit über 1 000 Mitgliedern ist die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg heute eine der größten Bürgerinitiativen in Deutschland. *Marianne Fritzen*

BI-KAMPAGNE

PKA weiter im Fokus der BI

Alles, was dazu beitragen mag, an Gorleben als Endlagerstandort festzuhalten, steht gegenwärtig im Fokus der politischen Arbeit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Neben der Auseinandersetzung um den Planfeststellungsantrag von 1977 und den Rahmenbetriebsplan für das sogenannte Erkundungsbergwerk von 1983 geht es auch um die Betriebserlaubnis der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) aus dem Jahr 1997.

Diese „vergessene Atomanlage“ wurde in den Neunzigerjahren errichtet. Sie hat zwar den heißen Betrieb bisher nicht aufgenommen, ist aber das Gelenkstück zwischen der Castorlagerung und einer möglichen Endlagerung im Salzstock. Wenn der Endlagerpoker in Berlin beginnt, wird die Infrastruktur ein Argument sein, auf Gorleben zu setzen.

Die PKA entspricht nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik. Durch einen skandalösen Vertrag scheint die Atomaufsicht aber gebunden, diese Anlage nicht infrage zu stellen und keine externe Begutachtung zuzulassen.

Rund 4 600 Unterschriften wurden deshalb am 9. Dezember Umweltminister Stefan Wenzel in Hannover überreicht. Der Grünen-Politiker wird damit aufgefordert, die PKA unter die Lupe zu nehmen. Und es geht weiter: ein Fachgespräch im Umweltministerium Anfang Februar folgt, und für die „Straße“ hat die BI auch einige Ideen. „Stellen Sie sich mal vor, ein Auto wurde 1997 zugelassen, soll aber im Jahr 2040 erstmals genutzt werden ...“ Das ist das Jahr, in dem in etwa eine Konditionierungsanlage an einem Endlagerstandort gebraucht würde. *Wolfgang Ehmke*



BI-Vorstandsmitglieder übergeben Umweltminister Wenzel Unterschriften gegen die PKA

NEUE BI-KAMPAGNE



Standort-Patenschaften

Worte können offen sein, schonungslos und demaskierend. Aber Sprache kann auch das Gegenteil. Sie kann verschleiern und verharmlosen. Jeder Redner hat die Wahl. Als die Begriffe „Standortauswahlgesetz“ und „Endlagerkommission“ geprägt wurden, bedienten sich Politiker/innen aller Couleur der Verschleierung. Denn das Erwecken des Eindrucks, dass allein mit der Bestimmung eines Ortes das letzte Problem im Umgang mit der Atomkraft gelöst ist, halten viele in der Anti-Atom-Bewegung für eine Fortsetzung der Politik, die Atommüll auf einer sehr abstrakten Ebene behandelt.

„Die Vision von dem einen Standort

entlarvt die Sehnsucht der Politik nach einer Lösung, die aber in den vergangenen vierzig Jahren kein Stück vorangekommen ist“, sagt Kina Becker von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). „Realität ist doch, dass inzwischen im gesamten Bundesgebiet Atommüll lagert.“ Es bedürfe einer öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Atommüll.

Um diese Debatte zu fördern, hat die BI – inspiriert durch die Herbstkonferenz der Anti-Atom-Initiativen – die *Standort-Patenschaften* ins Leben gerufen. „Unser Ziel ist es, die Diskussion zum Umgang mit Atommüll mit direkt betroffenen Menschen vor Ort weiter zu beflügeln“, so Kina Becker. „Wir wollen sie aber nicht nur informieren, sondern vor allem motivieren, selbst aktiv zu werden.“ Dabei sollen vor allem bereits vorhandene Strukturen unterstützt werden. Doch die *Standort Patenschaften* richten sich nicht nur an mögliche Standorte, die im Zuge des Gesetzes benannt werden könnten. Die neue Kampagne ist die konsequente Fortsetzung der politischen Linie der Anti-Atom-Bewegung, die sich nie auf einen Ort hat reduzieren lassen. „Die *Standort-Patenschaften* sind eine Mitmach-Aktion, die sich sowohl an Einzelpersonen, als auch an Initiativen wendet. Wir unterstützen gerne und hoffen auf eine großflächige Vernetzung!“ *Torben Klages*

GEDÄCHTNIS DER NATION



Die Geschichte Gorlebens

Über 600 Interviews gibt es schon, nun sollen 15 weitere dazukommen: Für das Projekt „Gedächtnis der Nation“ hat ein Team von Kameralenten und Redakteuren verschiedene Akteure des langjährigen Widerstands im Wendland befragt. Interviewt wurden unter anderem Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Fried Graf von Bernstorff, Grundbesitzer in Gorleben, und Marianne Fritzen, Urgestein des wendländischen Widerstands. Entstehen soll daraus der „Gedächtnis“-Beitrag „Streitfall Atomkraft – Die Gorleben Geschichte“. Veröffentlicht werden alle Interviews im Internet unter: www.gedaechtnis-der-nation.de Schon jetzt finden sich dort über 4 000 Videos über die deutsche Geschichte der letzten 100 Jahre. Das bundesweit einmalige Projekt sammelt Erzählungen von Zeitzeugen zu zentralen Momenten der deutschen Geschichte. *GR-Redaktion*

DABEI SEIN ODER NICHT?

Pro und Kontra Kommissionsteilnahme

Selten in der Geschichte waren sich die Gruppen der Anti-Atom-Bewegung so uneins wie jetzt. Strittig ist, ob die zwei für die Umweltverbände vorgesehenen Sitze in der Endlagerkommission besetzt werden oder aus Protest leer bleiben sollen. Greenpeace und BUND haben ihre Teilnahme bereits ausgeschlossen. Andere große Organisationen wie der Deutsche Naturschutzring und .ausgestrahlt plädieren für eine Teilnahme. Dabei ist man weit entfernt von Zerrissenheit. Hinter den Kulissen werden sachlich Positionen ausgetauscht und in die eine wie in die andere Richtung Überzeugungsarbeit geleistet. Geprägt wird die Diskussion dabei von unterschiedlichen Einschätzungen über die Rolle, die die Umweltverbände in der Kommission spielen könnten. Auch im Wendland gibt es Befürworter und Gegner der Teilnahme. Die Gorleben Rundschau lässt je einen von ihnen zu Wort kommen.



Albrecht von Sydow

Zwei Vertreter aus dem Wendland

Während ich die Nicht-Teilnahme der großen Umweltverbände BUND und Greenpeace begrüße, halte ich es für falsch, wenn gar keine Umweltorganisationen in der Kommission vertreten sind. BUND und Greenpeace werden als Kontrollinstanzen viel wirksamer sein, wenn sie den

Prozess von außen begleiten und kritisch kommentieren, als wenn sie

sich zu nützlichen Statisten in diesem schief und voreingenommen aufgehängten Endlagersuchprozess degradieren lassen.

Gleichwohl sollte die Kommission s a r b e i t auch intern von Vertretern des Umweltschutzes begleitet werden.

Hierfür sprechen meines Erachtens drei Gründe. Erstens muss für die interne Arbeit der Kommission sichergestellt werden, dass alle Umweltaspekte, die durch einseitige Gewichtungen des Suchprozesses negativ betroffen werden, dokumentiert werden. Nur dann kann

sich keiner hinterher darauf berufen, relevante Argumente seien nicht bekannt gewesen.

Zweitens ist es für die öffentliche Debatte wichtig, dass die offiziellen Verlautbarungen der Kommission von fundierten Minderheitsvoten begleitet werden. Es wäre fatal, wenn der öffentliche Eindruck entstände, die Kommission spräche mit einer Stimme.

Und drittens gilt nicht nur in Polizeiverhören das „good-cop-bad-cop-Prinzip“. Jeder, der Veränderungsarbeit leisten will, ist erfolgreicher, wenn er sowohl die fundamentalistische als auch die kooperative Karte spielen kann und nicht aus ideologischen Gründen von vornherein auf eine Karte verzichtet.

Es sollte möglich sein, kleinere – idealerweise im Wendland beheimatete – Umweltschutzorganisationen zu finden, die diese essentiellen Aufgaben übernehmen und zwei kompetente Vertreter in die Kommission entsenden.

Albrecht von Sydow, Vorstandsmitglied des Wendepunktzukunft e. V.

Das ist nicht unser Job

Es gibt Dinge, die sind einfach eklig. Im Tonfall kultivierter Erörterung über Kriterien zu diskutieren mit Leuten, die an Schreibtisch oder Katheder eingefädelt und betrieben haben, wogegen wir uns zur Wehr setzen müssen – das ist eine Vorstellung, mit der ich problemlos dreimal um den Block zu jagen wäre.

Aber zugestanden: eine solche Frage kann nicht nach Befindlichkeit entschieden werden.

Also gehen wir mal mit kühlem Kopf der Frage nach: Wie groß ist die Chance, mit unseren guten Argumenten die Mehrheit der Kommission zu gewinnen? Schreibt sie Bedingungen fest für den Umgang mit diesem Material, die wenigstens die Gefährlichkeit auf ein Minimum reduzieren?

Welche Aussichten hätte in diesem Club



Martin Nesemann

wohl die Vorschrift, keinen weiteren Gefahrstoff mehr zu produzieren zum Beispiel, um nur mal mit der simpelsten aller Maßnahmen der Gefahrenminderung anzufangen?

Vielleicht beschließt eines Tages die Kommission, eine Regierung, ein Gericht oder wer auch immer

das Aus für die künstliche Spaltung von Atomen. Das wird dann aber nicht das Ergebnis von irgendwelchen Kommissionsdebatten sein.

Die Kommission hat einen klar geregelten Auftrag, Kriterien so zu formulieren,

dass sie am Ende für und nicht gegen einen Standort sprechen. Schließlich wird sie eingesetzt im Rahmen eines Standort-Festlegungs-Gesetzes.

Ist der Druck groß genug, kommt das Aus. Die Begründungen dafür finden sie dann schon selbst. Den Druck zu verstärken, das ist unser Job – hoffentlich! Und nicht der von Fukushima!

Martin Nesemann, Redaktion der Zeitschrift anti atom aktuell

GROSSE OPPOSITION

von Andreas Conradt

Nach der Bundestagswahl im September bestimmt nun vier Jahre lang eine große Koalition die Geschicke des Landes. Ihr gegenüber steht eine kleine Opposition, genauer: eine der schwächsten, die es hierzulande je gab. Das kann für die Anti-Atom-Bewegung ein Problem werden – muss es aber nicht.

Udo Lindenberg fordert Asyl für Whistleblower Edward Snowden: „Im Atlantic Hotel kann ich bestimmt ein Zimmer für ihn klarmachen – welcome Edward.“ Mit seiner Haltung ist der Panik-Rocker Teil einer kleinen Gruppe von Künstlern, die sich für eine Übersiedlung Snowdens nach Deutschland stark macht. Vor allem aber ist er Gegenpartei zur herrschenden politischen Meinung.

„Opposition muss nicht im Parlament sitzen“, sagt auch Nicole Deitelhoff, Politikwissenschaftlerin mit Professur an der Universität in Frankfurt, im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung. Ihr macht die Schwäche der Opposition aus Grünen und Linken kein Kopfzerbrechen: „Auch eine kleine Opposition kann viel bewegen.“ Die Grünen seien in den vergangenen 30 Jahren auch nicht durchgängig in Parlamenten vertreten gewesen und hätten dennoch bewirkt, dass in

Deutschland ein ökologisches Bewusstsein entstanden ist, das keine Partei mehr ignorieren könne.

Mehr noch: Es gibt gute Beispiele in Deutschland, dass sogar außerparlamentarische Opposition viel erreichen kann. Beispiele wie Gorleben, Wackersdorf oder die Elbvertiefung machen die Erfolge von anhaltendem, vielschichtigen und bunten Protest sichtbar. Dieser Widerstand ist nicht immer vollständig erfolgreich, manchmal verzögert er Großprojekte nur oder erstreitet bessere Bedingungen. Darin aber unterscheidet sich die außerparlamentarische Opposition nicht von ihrem Pendant innerhalb des Parlaments.

Allerdings muss gerade der Protest auf der Straße dafür Sorge tragen, im Parlament ernst genommen und nicht Opfer der Verunglimpfung seiner Ziele zu werden. Der Protest um den Stuttgarter Hauptbahnhof kann dafür als trauriges Beispiel genannt werden – und noch für ein weiteres Problem:

Denn auch Vereinnahmung ist eine große Gefahr für die außerparlamentarische Opposition. Das Instrument der Bürgerbeteiligung dient heute allzu oft dazu, einen Konsens in Streitfragen zu erlangen, die eigentlich keinen Kompro-

miss zulassen. „So funktioniert Politik nicht“, sagt Nicole Deitelhoff. Auf diese Weise begreife sie Opposition nur als Störung, die sich irgendwie abstellen ließe. „Streit ist ehrlich. Denn es gibt nun einmal unvereinbare Interessen.“

Opposition außerhalb des Parlaments kann bestrebt sein, selbst an die Macht zu kommen. Häufig gibt es dieses Ansinnen aber gar nicht. „So hat die außerparlamentarische Opposition zwei Möglichkeiten“, erklärt Deitelhoff. Sie könne den Weg durch die Institutionen einschlagen, oder sich allein auf der Straße bemerkbar machen. Für alle Spielarten der Opposition gelte, dass sie „mehr Macht hat, als man glaubt: Sie kann den Mächtigen die Grenzen ihrer Macht vor Augen führen.“ Im Angesicht der großen Koalition kann das für die Anti-Atom-Bewegung nur bedeuten, das Parlament aufmerksam zu beobachten und im Falle von Fehlentwicklungen tatsächlich Opposition zu sein: Protest auf die Straße bringen, sichtbar werden, Alternativen aufzeigen. Wenn diese Alternativen eine große Zahl Menschen überzeugt und gleichzeitig eine „große Koalition“ zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition gelingt, könnte der nächste Wahltag einen Richtungswechsel markieren.

KOMMENTAR: „WEITER MIT PROTEST UND WIDERSTAND!“

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima 2011 sind in Deutschland acht Atomkraftwerke stillgelegt worden. Im selben Jahr fand der letzte Castortransport nach Gorleben statt. Doch neun Atommeiler laufen noch – mit einer Bestandsgarantie bis zum Jahr 2022. Uranwirtschaft, horrende Forschungsgelder in Atomtechnologie und staatliche Subventionen für die Atomwirtschaft, Hermesbürgschaften für Atomprojekte in anderen Ländern – all das verdient weiter unsere Aufmerksamkeit und kräftige Auseinandersetzung. Hinzu kommt, dass sich im Laufe des Bestehens der Anti-Atom-Bewegung als soziale Bewegung auch eine Verpflichtung entwickelt hat:

Initiativen aus Japan, Schweden, Russland, Frankreich, verschiedenen afrika-

nischen Ländern und zahlreiche Besucher/-innen der Gorlebener Atomanlagen erzählen uns kontinuierlich, wie wichtig es ist, dass wir sie stützen – mit unserer Kraft, unserer Geschichte und unserer Entschlossenheit. Wir können und dürfen uns nicht zur Ruhe setzen, wir müssen weiter Missstände benennen und dagegen handeln: mit Aufklärungsarbeit, Kommunikation mit anderen Gruppen, mit dem bewährten Erfolgsrezept des Protestes und Widerstandes auf Demonstrationen, Aktionen, Camps, Kongressen, auf Trecks und auf Widerstandswochenenden. Unserer Haltung verleihen wir weiter Nachdruck, wenn wir unnötige Atomtransporte angehen, über Atomkatastrophen und deren verheerende Folgen informieren, dem Widerstand gegen Uran-

abbau praktische Solidarität gewähren, die Repression von Aktivist/-innen in anderen Ländern anprangern und uns um konkrete Unterstützung kümmern. Unser Erfolg, dass vorerst keine weiteren Castortransporte eingelagert werden, keine Wiederaufarbeitungsanlage gebaut wurde und die Pilotkonditionierungsanlage nicht in Betrieb ist, beruht auf dem Engagement vieler tausend Menschen, die jahrzehntelang hergekommen sind, um unseren Protest und Widerstand gegen die Castortransporte gemeinsam zu tragen. Jetzt ist es an der Zeit, etwas zurückzugeben. Lasst uns unsere Kraft, Erfahrung, Wissen und unsere Lust am Protest und Widerstand in die Welt tragen. Lasst uns ein Leuchtturm sein in der weltweiten Anti-Atom-Bewegung! *Kerstin Rudek*





Mit 16 000 TeilnehmerInnen...



war die Energiewende-Demo...



in Berlin am 30. November...



ein großer Erfolg.



Ähnliche Demos sollen folgen.

FELDVERSUCH



Note 1 für Endlager Suhl

Eines Tages werden die Orte für ein mögliches Atommüllendlager benannt. Die große Frage ist: Wie wird die dortige Bevölkerung auf diese Nachricht reagieren? Einer, der es schon jetzt wissen wollte, ist Christoph Hubrich, Student für Visuelle Kommunikation in Weimar. Er hat im letzten Sommer das thüringische Suhl als Standort für „sein“ Endlager auserkoren. „Außer im Wendland ist bislang in ganz Deutschland niemand von einem Endlager bedroht. Ich wollte glaubhaft durchspielen, was passiert, wenn es andere trifft.“ Hubrich verteilte Aufkleber, klebte Plakate, bewarb die Website einer vermeintlichen Bürgerinitiative – wohlge-merkt alles pro Endlager. Und er stach in ein Wespennest: Die Bevölkerung war entsetzt, die Politik drohte rechtliche Schritte an, die Medien berichteten. Was eigentlich nur als polarisierendes Thema

einer Bachelorarbeit gedacht war, wurde über Nacht zum Politikum. In Suhl war der Teufel los! Bei Straßenumfragen wurde dem Student bewusst, dass großen Teilen der Bevölkerung das Vertrauen in eine korrekte Endlagersuche fehlt: „Die Leute haben mir gesagt, dass man ja im Wendland gesehen habe, wie so eine Suche ablaufe. Gorleben ist *das* Paradebeispiel, wie der Prozess nicht ablaufen darf.“ Dabei bezeichnet sich Hubrich selbst nicht als Umweltaktivist. „Ich war, wie gefühlt jeder, gegen Atomkraft, aber ein Uni-Projekt zum Fukushima-Unglück hat mich für die Atomproblematik sensibilisiert.“ Nach Bekanntwerden seines Feldversuches meldete sich sogar das Bundesamt für Strahlenschutz bei ihm und regte einen Erfahrungsaustausch an. Doch er lehnte ab: „Klar weiß ich, dass das Endlagerproblem gelöst werden

weitere Infos im Internet
gorleben-rundschau.de/links

muss – aber mir ging das zu weit. Sonst hätte ich vielleicht zu sehr für die falsche Seite gearbeitet.“ Für die „richtige Seite“ hat Hubrich eine Empfehlung für die künftige PR-Arbeit: „Das Mittel der ‚Überidentifikation‘, das ich in Suhl angewandt habe, ist zwar nicht neu, verfängt aber noch.“ Dabei würden die Positionen so überzogen dargestellt, dass Gegenwehr die natürliche Reaktion sei. „Über Umwege wird damit das Gegenteil der Aussage erreicht.“ Das überzeugte auch Hubrichs Professoren: Für seine Arbeit gab es die Note „Sehr gut“. *Andreas Conradt*

ERKLÄRUNG DES KIRCHENKREISTAG

Festhalten zerstört Vertrauen

Mit „Befremden“ nimmt der Kirchenkreistag Lüchow-Dannenberg zur Kenntnis, dass die Bundesregierung für den Standort Gorleben am Rahmenbetriebsplan von 1983 festhält, obwohl im neuen Standortauswahlgesetz (StandAG) geregelt ist, dass eine alternative Standortsuche unter Beteiligung der Öffentlichkeit beginnen soll.

Das bisher von der Kirche beklagte Verfahren, die Erkundung in Gorleben mithilfe des veralteten Rahmenbetriebsplanes zu regeln, war zuvor vom Verwaltungsgericht Lüneburg eingestellt worden, da die bergmännische Erkundung mit Inkrafttreten des StandAG beendet worden war. Das beklagte Niedersächsische Bergamt teilte die Auffassung des Gerichts und erklärte die Klage der Kirche und der Eigentümer gegen den Rahmenbetriebsplan von 1983 ebenfalls für beendet.

Allein die Bundesregierung weigere sich, den durch das StandAG obsolet gewordenen Rahmenbetriebsplan als erledigt zu betrachten, so der Kirchenkreistag in einer Stellungnahme. Das Festhalten zerstöre das Vertrauen, dass ein echter Neubeginn in der Standortsuche gewollt ist.

Unterdessen begrüßte der Kirchenkreistag die Teilnahme von Landesbischof Meister an der Endlagerkommission und bat ihn, die in Bezug auf die Endlagerfragen bisher gefassten Beschlüsse des Kirchenkreistages, des Kirchenvorstandes Gartow, der Landessynode und der EKD-Synode als Grundlage kirchlichen Handelns zu verstehen. Meister wurde außerdem gebeten, die über eine Generation gewachsene Sachkompetenz aus Lüchow-Dannenberg und seinen kirchlichen Gremien mit einzubeziehen.

GR-Redaktion

Aktionen und politische Arbeit

Mitglieder des WiderStandNests im wendländischen Metzingen errichteten Mitte November in Sichtweite der Bundesstraße 216 ein Mahnmal gegen den Fortbestand des Rahmenbetriebsplans für den Salzstock Gorleben. Am Abend folgte das traditionelle Anti-Atom-Laternegehen mit gemeinsamem Abschluss im Rundlingsdorf Metzingen.

Ende November begrüßte die Bürgerinitiative den Physiker Wolfgang Neumann im Gasthaus Sültemeier in Dünsche. Er nahm in seinem Vortrag die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA), die „vergessene Atomanlage“ in Gorleben, unter die Lupe. Die Veranstaltung markierte auch das Ende der Unterschriftenaktion der BI gegen die PKA.

Am 30. November fand die große Energie-wende-Demo in Berlin statt, an der die BI als Teil eines großen Anti-Atom-Blocks teilnahm. Insgesamt versammelten sich rund 16 000 Menschen, um für die Energie-wende und gegen die Nutzung von AKWs und Kohlekraftwerken zu demonstrieren. Im Wendland wurde für diese Demo zuvor im Bistro des Dannenberger Ostbahnhofs mobilisiert. Dabei wurde auch über die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Fracking, erneuerbare Energien und Atomkraft informiert. Jochen Stay („ausgestrahlt“), Dieter Schaarschmidt (Wendland Wind), Francis Althoff (AG gegen Fracking) sowie Martin Donat (Vorsitzender der BI Lüchow-Dannenberg) lieferten dazu Beiträge.

Anfang Dezember lief mit „Die Zukunft pflanzen“ ein weiterer Film der Ökologischen Filmreihe der BI im Café Grenzbereiche in Platenlaase. Außerdem fanden auf den Marktplätzen in Lüchow und Dannen-



Errichtung des Mahnmals gegen den Fortbestand des Rahmenbetriebsplans.



berg spektakuläre Info-Aktionen zum Thema „Atommülltransporte“ statt. Am 9. Dezember wurden von BI-Sprecher Wolfgang Ehmke rund 4 600 Unterschriften gegen die Nutzung der PKA an Umweltminister Stefan Wenzel übergeben. Am Neujahrstag schließlich fand an den Gorlebener Atomanlagen der fast schon fast traditionell zu nennende Sekttempfang der BI statt.

Anja Meyer

GLOSSE

Der gebeutelte Landkreis

Es sieht schlecht aus im Wendland: Nicht nur, dass die einst so sichere Zonenrandförderung ersatzlos weggefallen ist. Seit knapp 30 Monaten muss Lüchow-Dannenberg auf ein weiteres identitätsstiftendes Merkmal verzichten: die Castortransporte.

Der gemeine Wendländer versteht die Welt nicht mehr. Immer noch keine Hub-schrauberflotten, um den Transport anzukündigen. Immer noch keine Bundesstraßen gesperrt. Keine Allgemeinverfügungen. Nix.

Sorgsam an der Strecke vergrabene Schaufeln verrosteten im wendländischen Modder, genervte Bauern räumen sperrige Betonpyramiden von einer Ecke

der Scheune in die andere. Schmerzlich vermisst der Landwirt die durchzechten Nächte mit Bratwurst und Hasskappe, vorbei die Zeit, in der der gemeinsame Feind Hühnermastanlagengegner und -befürworter zumindest für kurze Zeit vereinte.

Der Landkreis steht am Abgrund. Feindbilder wanken, Spendengelder bleiben aus. Altes, mühevoll erarbeitetes und konspirativ weitergegebenes Handwerkswissen droht in Vergessenheit zu geraten. Wird jemand die richtige Mischung wissen, wenn mal wieder Schnellbeton benötigt wird? Wer wird unseren Kindern vermitteln, welche technischen Finessen im Hakenkrallengeschäft zur Anwendung kommen oder wie

Sicherheitstore geknackt werden? Zwar gibt es erste Ansätze im Heimatmuseum Wustrow, durch Tage der offenen Endlagertüren dieses Wissen der Nachwelt nahezubringen. Ob die legendäre Gusborner Findlingsblockade im Stones Museum nachgebaut wird, bleibt aber ungewiss.

Lange Zeit hatte sich eine vage Hoffnung gehalten. Die Grünen wollten, falls wieder an der Macht, alle Castoren zurück an ihren Ursprungsort bringen. So hätten die unerschrockenen wendischen Recken zumindest den Abtransport verhindern können. Ob da trotz PKA was läuft? Die Chancen schwinden.

Versonnen streichle ich meine zerstoche-nen Treckerreifen. *Willem Wittstamm*

DAS GEGENTEIL VON ENERGIEWENDE

von Joachim Wille



Der Koalitionsvertrag strotzt vor schöner Öko-Lyrik. Aber bei genauem Hinsehen entpuppt er sich vor allem als Bestandsgarantie für Kohle und Konzerne.

Einmal tief Luft holen, bitte. „Die Energiewende ist ein richtiger und notwendiger Schritt auf dem Weg in eine Industriegesellschaft, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit und der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet ist.“ So lautet der erste Satz im Energiekapitel des schwarz-roten Koalitionsvertrags.

Das ist so wahr, dass man kaum glauben kann: Das haben nicht die Grünen geschrieben, sondern die Großkoalitionäre. Die Energiewende ist Fortschrittsmotor, macht unabhängig von Energieimporten, sichert Arbeitsplätze, stärkt den Wohlstand, muss konsequent und planvoll fortgeführt werden. So lautet die Öko-Lyrik. Nur leider: Sie passt nicht zum Rest des Kapitels. Schwarz-Rot steigt bei der Energiewende mit vollem Gewicht auf die Bremse.

Wer nur die Überschriften liest, merkt es nicht. Schwarz-Rot behauptet, am Klimaschutz-Oberziel für das aktuelle Jahrzehnt festzuhalten, das auch die früheren Bundesregierungen angepeilt hatten: Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß um 40 Prozent gesenkt sein, gemessen am Basisjahr 1990.

Doch das ist das Papier nicht wert, auf dem es steht. Es ist nur zu schaffen, wenn die künftige Regierung in drei Feldern mutig mit klaren, ambitionierten Zielen und entsprechender Förderung

vorangeht – beim Ausbau des Ökostrom-Anteils, bei der Energiewende im Wärmesektor und bei der Energieeffizienz generell.

Doch die schwarz-rote Koalition kann das nicht tun. Denn der jetzt vorliegende Vertrag schließt es aus.

Skeptiker hatten Schlimmes befürchtet, wenn selbst ernannte „Strompreiskämpfer“ à la Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und Kohle-Fans wie NRW-Regierungschefin Hannelore Kraft (SPD) die Verhandlungen zur Energiewende leiten. Erste Zwischenergebnisse zum angeblich wichtigsten industriepolitischen Projekt der beiden Volksparteien sahen gar nicht so schlecht aus. Doch in der letzten Verhandlungsnacht setzten die Parteispitzen Spitzhacke, Hammer und Hobel an. Geblieben ist ein Energiewende-Torso. Man kann das überall durchdeklinieren. So sind die neuen Ausbauziele beim Ökostrom sogar schlechter als diejenigen, die die schwarz-gelbe Bundesregierung vertrat.

Der schwarz-rote Vertrag verschleiert das zwar, indem er die Zieljahre verschiebt. Statt für 2020 und 2030 nennt er Werte für 2025 und 2035. Doch die Analyse ergibt, dass das Ausbautempo für Wind-, Solar- und Biomasse-Energie um etwa ein Drittel gegenüber dem bisherigen Fahrplan gesenkt wird. Noch festzulegende „Korridore“ sollen verhindern, dass der Ökostrom-Anteil zu schnell wächst.

Ähnlich brachial haben die Schlussredakteure des Vertrags um Merkel und Gabriel die überfällige „Wärmewende“ gekappt.

Die geplante steuerliche Förderung der Gebäudesanierung, von Experten dringend gefordert, wurde gestrichen, ebenso die Aufstockung des „Marktanreizprogramms“, das etwa Solar- und Holzheizungen fördert.

Auch der „Nationale Aktionsplan Energieeffizienz“ stürzte ins Unverbindliche ab. Er sollte helfen, die Voraussetzung jeder echten Energiewende endlich voranzubringen – die sparsamere Energieverwendung. Die Experten von Union und SPD hatten dafür 500 Millionen Euro vorgesehen. Die wurden erst auf 300 Millionen rasiert, und nun gibt es nur noch „vorzusehende Mittel“. Konsequenterweise kippeten Merkel und Co. dann auch noch das von der SPD gewünschte verbindliche „Klimaschutzgesetz“.

Das Ergebnis dieser „Neujustierung“ der Wende ist ihr Gegenteil: Es handelt sich um eine Bestandsgarantie für die fossile Energiewirtschaft und die bisher marktbeherrschenden Konzerne bis weit in die nächsten Jahrzehnte hinein. Deren Lobbyisten haben ganze Arbeit geleistet. Wenn das Ergebnis nicht so fatal wäre, man müsste sagen: Hut ab!

weitere Infos im Internet
gorleben-rundschau.de/links

Schwarz-Rot stellt ihnen nicht nur neue Subventionen für ihre alten Kohlekraftwerke in Aussicht. Ihnen kommt auch die geplante verbindliche Direktvermarktung des EEG-Stroms bei neuen Anlagen und die zukünftige Ausschreibung neuer regenerativer Erzeugungskapazitäten entgegen. Zudem wurde die lukrative Förderung für die extrem teure, nur von Großunternehmen zu stemmende Offshore-Windenergie, noch einmal verlängert, während ausgerechnet der Ausbau der dezentralen, vergleichsweise preiswerten Windkraft an Land rasiert werden soll. Der „Billigmacher“ unter den erneuerbaren Energien wird ausgebremst. Das soll Fortschritt sein?

Schwarz-Rot plant also die „Energiewende 2.0“. Doch anders als bei Computerprogrammen ist die zweite Version keine Verbesserung gegenüber der ersten. Viele Ideen und Konzepte, wie die Wende wirklich billiger, effizienter und gerechter zu gestalten wäre, haben die Koalitionäre einfach ausgeblendet.

Wenn alles so kommt, wie es nun aussieht, wird das dazu führen, dass das bisher immer noch gute Image des Großprojekts bei den Bürgern abstürzt. Das kann auch die schönste Ökolyrik nicht verhindern.

5:0 für die Atomlobby Pressemitteilungen zusammengefasst

Bei den Koalitionsverhandlungen hat sich die Union in allen fünf atompolitischen Streitfragen durchgesetzt. Die SPD konnte kein einziges Vorhaben durchsetzen. Atompolitisch ist die Große Koalition eine 0:5-Niederlage für die SPD und ein großer Sieg für die Atomlobby.

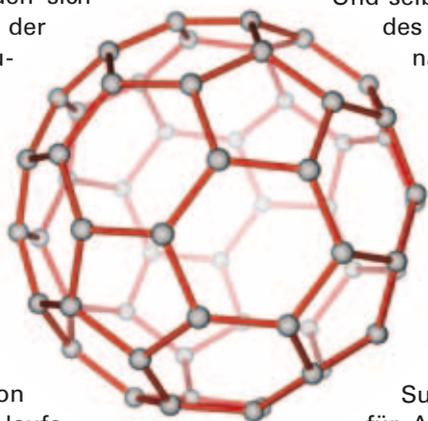
„Noch vor wenigen Jahren beteiligten sich sowohl Parteispitze als auch viele tausend Mitglieder der SPD an Anti-Atom-Demonstrationen. Doch jetzt zählen nur noch die Interessen der AKW-Betreiber. Ein trauriges Kapitel“, findet Jochen Stay, Sprecher der Initiative .ausgestrahlt.

Und tatsächlich finden sich weder die Erhöhung der Brennelementesteuer um 30 Prozent, noch die Weiterführung der Steuer über 2016 hinaus im Koalitionsvertrag wieder. Beide waren vor der Bundestagswahl SPD-Positionen, beide wurde nun der Koalition geopfert. Faktisch laufe

dies auf eine Steuerbefreiung für die AKW-Betreiber von jährlich über einer Milliarde Euro hinaus, so Stay. Atomkraftwerke würden zu richtigen Goldesel, die den Gewinn von RWE, Eon, EnBW und Vattenfall kräftig aufpäppelten. Noch 2011 hatte auch die CDU die Einführung der Steuer als „Subventionsabbau“ bezeichnet, mit dem „die direkte Bevorzugung der Kernenergiewirtschaft beendet“ und die „Chancengerechtigkeit“ auf dem Strommarkt verbessert werden sollte. Jetzt gelten die umgekehrten Ziele: Bevorzugung der Atomwirtschaft und bessere Chancen für die vier großen Stromkonzerne.

Das sieht auch Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), so: „Mit die-

sem Koalitionsvertrag drohen vier Jahre Große Koalition für große Stromkonzerne. Wenn dies Grundlage für die Arbeit der neuen Bundesregierung ist, dann braucht Deutschland in den nächsten Jahren dringend eine stärkere öko-soziale außerparlamentarische Bewegung.“ Denn die SPD-Niederlage geht weiter: Auch die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds für die Entsorgungsrückstellungen und das Verbot für Hermesbürgschaften für Atomexporte finden sich nicht im Koalitionsvertrag. Jochen Stay: „Hierzulande von Atomausstieg reden und gleichzeitig die Exporte von Atomtechnik in andere Länder fördern, ist zukünftig auch offizielle SPD-Politik.“



Und selbst der Stopp einer Klage des Bundes gegen die Rücknahme des Rahmenbetriebsplans in Gorleben kommt im Verhandlungsergebnis nicht mehr vor. Dass nun auch die SPD die Klage mitträgt, wirft ein schlechtes Licht auf all jene, die immer noch behaupten, Gorleben solle bei der künftigen Suche nach einem Lagerort für Atommüll nicht mehr bevorzugt werden. „In Sachen Gorleben hat sich die SPD über den Tisch ziehen lassen“, beklagt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI): „Scheitern die Gespräche und damit die minimale Aussicht, dass von Gorleben als Atommüllendlager abgerückt wird, bleibt es beim Plan B – und der heißt auf jeden Fall Gorleben. Wohl deshalb soll der Rahmenbetriebsplan aus dem Jahr 1983 in Kraft bleiben“, so Wolfgang Ehmke, Sprecher der BI. Umso wichtiger würde es nun, die Kommissionsarbeit in Berlin kritisch und öffentlichkeitswirksam zu begleiten. „Alles, was Gorleben zusätzlich beschwert, müssen wir in den Fokus der Auseinandersetzung rücken.“ Hoffnung setzt die BI dabei auch auf die rechtliche Auseinandersetzung: „Die alten Rechtspositionen sind erkennbar überholt.“

Endlagersuche zum Mitmachen

Bundestag und Bundesrat haben entschieden: Die Suche nach einem Endlager für Atommüll als Alternative zum Salzstock Gorleben startet. Im Jahr 2031 soll der Standort final bestimmt werden, bis dahin darf fleißig nach geeigneten Orten gesucht werden.

Damit die nächsten 18 Jahre nicht allzu lang werden und die Vorschläge für Endlagerung von atomarem Schrott nicht nur aus undurchsichtigen Kommissionen kommen, hat die Redaktion von *energietarife.com* entschieden, die gesamte Bevölkerung an der Suche zu beteiligen und Vorschläge zu sammeln. Die Suche ist ab sofort eröffnet: Wo soll das Atom-Endlager stehen? Wer hat Ideen, wo die strahlenden Fässer am besten aufgehoben sind?

Schlagt selbst geeignete Standorte vor – fairerweise nur innerhalb Deutschlands – und begründet diese kurz. Möglich ist das auf der Website www.energietarife.com/index.php?endlagersuche

weitere Infos im Internet
gorleben-rundschau.de/links

Zivilpolizei muss erkennbar sein

Niedersachsens Polizei hat das Versammlungsrecht künftig wörtlich zu nehmen, meldete jetzt das Göttinger Tageblatt. Polizeibeamte in ziviler Kleidung, die eine Versammlung dienstlich beobachten, haben sich zuvor der jeweiligen Versammlungsleitung zu erkennen zu geben – und zwar jeder einzelne Beamte. Das hat das Verwaltungsgericht Göttingen Anfang November entschieden (Aktenzeichen: 1 A 98/ 12).

Atommüllzentrum Brunsbüttel?

Vattenfall hat für das AKW Brunsbüttel Unterlagen für den Rückbau vorgelegt. Der Antrag wurde vom zuständigen Umweltminister sehr wohlwollend kommentiert. Nach den Unterlagen wird für den Rückbau eine 9500 Quadratmeter große Lagerhalle für schwach- und mittelaktive Materialien beantragt, dazu ein Reststoffbearbeitungs- und Abfallbehandlungszentrum mit 4000 Quadratmetern Fläche und gut doppelt so große Pufferlagerflächen für radioaktive Reststoffe. Diese Dimensionen ließen befürchten, so Anti-Atom-Aktivistinnen aus Brunsbüttel, dass das AKW-Gelände zu einem bundesweiten Abfallbearbeitungszentrum ausgebaut werden soll.





ES LOHNT IMMER ZU KÄMPFEN

Planen, koordinieren und große Organisationsaufgaben stemmen – das war und ist das Ding von Gerhard Förster. Dabei steht er bereitwillig hinter den Kulissen, am Rednerpult lässt er lieber anderen den Vortritt.
Von Anja Meyer

Gerhard Förster hat diese angenehm positive Weltsicht, die es möglich macht, die Erfolge zu sehen, statt sich von all dem politischen Schlamassel rund um Themen wie Endlagersuche, Umweltverschmutzung und Konzerninteressen den Mut nehmen zu lassen.

Politisch aktiv ist der vollbärtige Gemütsmensch seit jeher, schon als Schüler, dann als Student in Karlsruhe. Noch bevor er sein Studium zu Ende bringen konnte, verdiente er seinen Lebensunterhalt durch politisches Engagement. Er hat im Wasserschutz Meilensteine durch Prozesse gegen Konzerne erreicht und arbeitete bereits in den Achtzigerjahren für die Grünen als Mitarbeiter im Bundestag.

Später war Gerhard bei Greenpeace und Robin Wood hauptamtlich engagiert. Er lebte in diesen Jahren in der Hamburger Hausbesetzerszene und fand schließlich auch hier ein berufliches Standbein: die Organisation von Wohnprojekten für Punks im Auftrag der Hansestadt. Über

diese Arbeit ist schließlich der Kontakt ins Wendland und die dortige Anti-AKW-Szene gewachsen.

Selbstverständlich war Gerhard beim ersten Castortransport 1995 dabei, zusammen mit Freunden aus der Hamburger Hausbesetzerszene. Ein Jahr später ist es ihnen zusammen gelungen, eine Fuhre Mist auf die Transportstrecke zu kippen.

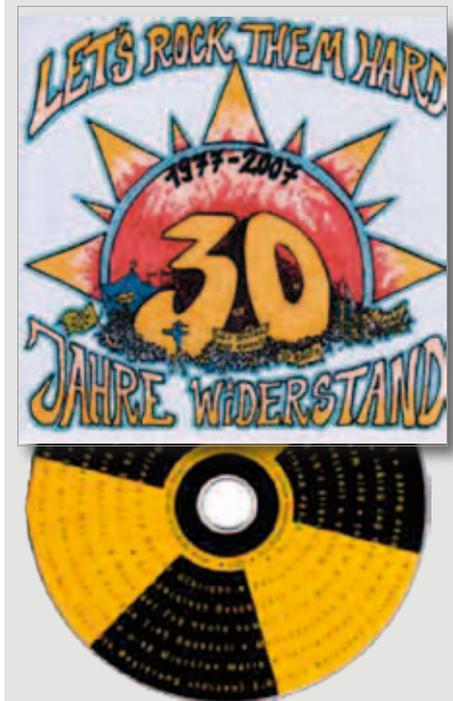
Da stand allerdings sein Meisterstück noch aus: Im Jahr 2000 hatte Gerhard zusammen mit Freunden die Idee, eine mobile Bühne zu schaffen. Es entstand der Mobilisierende Musik-Kampf-Wagen (MMKW), ein wendiger Lkw-Anhänger mit autarker Stromversorgung und Lautsprecheranlage, der fortan bei allen Castortransporten und Großdemos zum Einsatz kam.

Zunächst veranstalteten die Freunde Konzerte, um den MMKW zu finanzieren, doch schließlich übernahm die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) die Kosten für die mobile Bühne, die bis heute für Anti-Atom-Demonstrationen genutzt wird. 2007 folgte Gerhard „seinem“ MMKW und wurde Mitglied des Vorstands der BI, ein Jahr später sogar deren erster hauptamtlicher Mitarbeiter.

Viele Erfahrungen im Organisieren von Demonstrationen hat Gerhard so über die Jahre gesammelt. Außer im Saarland, bekennt er schmunzelnd, hat er schon in jedem Bundesland Demos angemeldet und durchgeführt. Auch für den großen Treck nach Berlin im Jahr 2008 gehörte Gerhard zu den Organisatoren. Er übernahm wie so oft die Koordination und Absprachen mit der Polizei. Gereist ist er ohnehin immer schon gern, oft, um Fachvorträge zu halten. Einerseits waren solche „Dienstreisen“ meist wenig beliebt, andererseits war Gerhard das Reisen schon immer ein Vergnügen. So ist er häufig zu anderen Standorten oder Gruppen gefahren, um beispielsweise über die Gefahren radioaktiver Strahlung zu referieren oder über die Probleme der Endlagerung zu diskutieren. Noch heute kann er ohne lange nachzudenken die Unterschiede verschiedener Strahlungsarten, die Auswirkungen, die sie auf den Menschen und die Natur haben, und den verantwortungslosen Umgang mit dem Atommüll im Detail herbeten.

Gerhard Förster hat in seinem Leben immer und überall politisch mitgewirkt. Er hat gekämpft, organisiert, weitergekämpft. Bis heute ist er aktiv, wenn die BI – wie zuletzt beim 24-Stunden-Marathon – seine Hilfe benötigt. Dann setzt er den MMKW in Gang und kümmert sich um Logistik und Technik. Und wenn eines Tages ein weiterer großer Treck geplant wird oder der nächste Castortransport

doch ins Wendland rollt, dann kann man sich auf Gerhard und seinen Erfahrungsschatz verlassen. Denn es lohnt sich immer, zu kämpfen! Das ist seine feste Überzeugung, die er mit einem einfachen Beispiel deutlich macht: Hätte nie jemand dagegen protestiert, gäbe es heute 599 AKWs in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist auch Gerhard Försters Verdienst, dass es dazu nie kam.



Let's rock them hard

Der große Vorsitzende stellte zum 30. Geburtstag der Bürgerinitiative die Weichen: Walter Ulbricht betonte, es habe niemand die Absicht, eine Mauer zu errichten. Heute heißt es, niemand habe die Absicht, in Gorleben ein Endlager zu errichten. Alles hat und wird Geschichte!

Der Versuch, die Festungsmauern in Gorleben zu schleifen, war ehrlich gesagt nicht so erfolgreich, es war leichter, drüber zu krabbeln oder die Tore zu benutzen... Hier geben Madsen, die Goldenen Zitronen, Ton Steine Scherben, Klaus der Geiger den Ton an. „Du schreibst Geschichte!“

Was waren das für Zeiten, als wir noch schrieben: „Wir, die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., danken allen, die es ermöglicht haben, diesen Benefiz-Sampler herauszubringen. Spezieller Dank gilt den Bands, die unser politisches Anliegen ohne Gage mit ihren Songs unterstützen!“

Widerstand ist machbar, Herr und Frau Nachbar! Die gleichen Zeiten wie heute. Leider. Wenige Restexemplare zum heißen Preis von 10 Euro sind im BI-Büro vorrätig.



Dietmar Bär,
Schauspieler

**... dass seit Jahrzehnten das Thema Atom-
müll herumschoben wird.**

Alle Parteien mit Regierungsbeteiligung, alle, haben in den vergangenen Legislaturperioden vor sich hin geeiert, wenn es um die Endlagerung ging. All den Trittins, Merkels, Gabriels und Altmaiers scheint man in ihren Amtszeiten im Umweltministerium vonseiten der Wissenschaft und der Atomlobby schnell die dramatischen Fakten beziehungsweise „die Instrumente“ gezeigt zu haben, sodass von den oft markig formulierten Antrittsplänen dieser Herrschaften nichts übrig blieb als noch mehr Gutachten. Das Problem Gorleben landete einfach beim Amtsnachfolger, Wir Bürger müssen das Ganze als Bundesumwelt-Mysterium schärfstens beobachten. In einem verseuchten Deutschland machen Tofu-Tage in millionärssteuerfinanzierten Kitas niemanden gesünder!

BLICKWEXEL

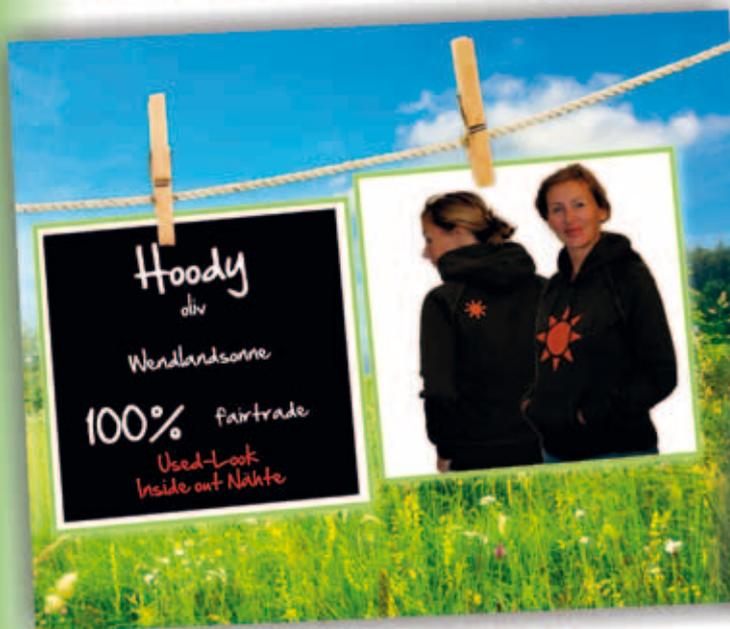
Vielen ist Dietmar Bär bekannt als Kölner „Tatort“-Kommissar Freddy Schenk. In der Wochenzeitschrift „Stern“ hat sich der Schauspieler jetzt in drastischen Worten zur Atommüll-Problematik geäußert: „Alle Parteien mit Regierungsbeteiligung, alle, haben in den vergangenen Legislaturperioden vor sich hin geeiert, wenn es um die Endlagerung ging.“ Kein Umweltminister habe sich der Thematik ernsthaft angenommen, alle seien vor der Atomlobby eingeknickt. Das Problem Gorleben sei beim jeweiligen Amtsnachfolger gelandet, ohne dass die „markig formulierten Antrittspläne“ umgesetzt worden wären. „Wir Bürger müssen das Ganze als Bundesumwelt-Mysterium schärfstens beobachten.“

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

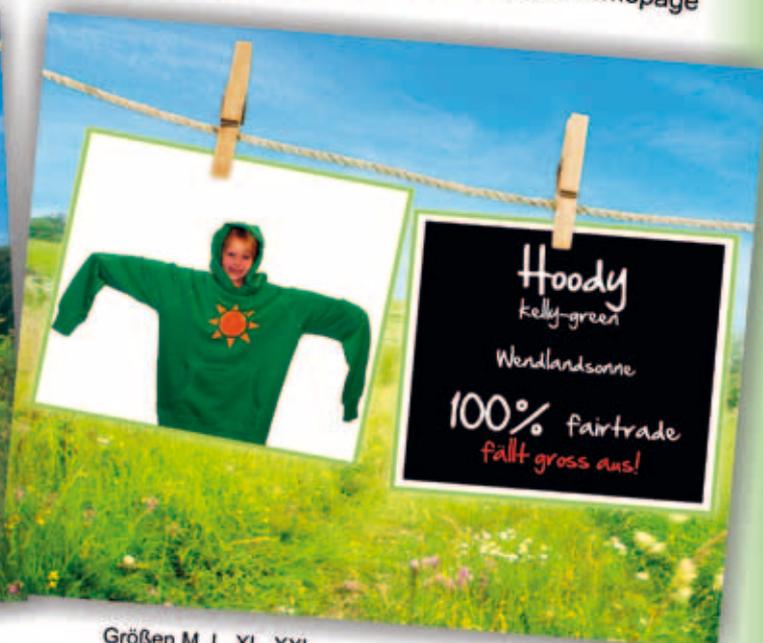
www.bi-luechow-dannenberg.de

Jetzt im BI-Büro bestellen

MEHR
gibt's auf unserer Homepage



Nur in Damengrößen XS, S, M und L
Spendenempfehlung 30,- €



Größen M, L, XL, XXL
auch hier Spendenempfehlung 30,- €



Spendenempfehlung 3,- €

Alle Artikel geben wir gern gegen Spende weg. Wir kaufen grundsätzlich gute Qualitäten ein, die nicht billig sind, und geben deshalb eine faire Spendenempfehlung.



Damengrößen S, M und L • Herrengröße S, M, L und XXL
Spendenempfehlung 30,- €



Spendenkonto
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de